

Über den Umgang von Japanern mit der Tepco-Akw-Havarie

- Detlev Schauwecker, Goma/ Kyoto fu

Vorwort

Es gibt in Japan seit der Akw-Katastrophe vor drei Jahren eine Schar vor allem von Physikern, Ärzten, Juristen und Journalisten, welche im hohen Einsatz durch Öffentlichkeitsarbeit gegen die Verheimlichungs-, Verharmlosungs- und die Wiedereinschaltungspolitik der japanischen Atomlobby vorgeht. Die Gruppe ist landesweit gestützt von einem Kreis von Aktivisten, spontan entstandenen Vereinigungen und von parteilichen, genossenschaftlichen, gewerkschaftlichen oder religiösen Verbandsaktivitäten. Sie alle laden zu Vortragsveranstaltungen ein, fordern zu finanzieller Hilfe, zur Unterstützung von öffentlichen oder gerichtlichen Anträgen (zur Akw-Abschaltung) auf oder zu tätiger Mitarbeit bei Flüchtlings-Integration, bei Sommerferienprogrammen für „Fukushima-kids“ und mehr. Zu den Helfergruppen korrespondiert im Gebiet der Präfektur Fukushima ein oft nach Verbandszugehörigkeit fraktionierter Ansprechkreis. Zum Kreis treten derzeit vermehrt strahlenproblembewußte Familien der Nachbarpräfektoren. Schule machen sollte eine jüngste Einrichtung in der Stadt Matsumoto (Präfektur Nagano): ein Internat für Schüler aus kontaminierten Gebieten.

Aber was passiert außerhalb dieses aktiven Kreises, der vielleicht 10% der Gesamtbevölkerung des Landes ausmacht? Was ist mit der japanischen Bevölkerung, die hier nicht in Erscheinung tritt? Wie geht man dort allgemein mit der Atomkraftwerk-Katastrophe und seinen Folgen um? Darüber möchte ich sprechen.

Es sei vorausgeschickt, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung in der Furcht vor den Strahlengefahren seit dem März 2011 mehr und weniger von einer Unruhe erfasst ist und ein Ende der Atomstrom-Ära herbeiwünscht. Dies legt die Umfrage. nahe. De facto entschied sich allerdings vor wenigen Wochen die Tokyoter Bevölkerung bei der Wahl ihres Gouverneurs (chiji) in der Alternative zwischen Atomstromausstieg und Prosperität eindeutig für letzteres.

Ich wohne auf dem Land in Westjapan, in der Nähe der Stadt Kyoto, etwa 50 km entfernt vom Ballungsgebiet Kyoto – Osaka - Kobe auf der einen Seite, auf der anderen Seite gleichweit entfernt von der „Akw-Ginza“ mit ihren 14 Reaktoren entlang der Japansee-Küste. Ich werde von einigen Beobachtungen im Dorf und in seiner Umgebung sprechen, doch zuvor noch einige allgemeine Bemerkungen.

Zwischen Westjapan und Ostjapan ist seit dem März 2011 ein Schnitt in Höhe des Gebirgsgürtels am Berg Fuji: Westjapan ist von radioaktiven Strahlen nicht oder wenig belastet und geht von daher einem unbekümmerteren Alltag nach als Ostjapan, wo die radioaktive Gefahr grössere Umsicht erfordert, allem voran in den hoch belasteten Gebieten in der Präfektur Fukushima und seinen Nachbarpräfektoren. Doch auch das landeswichtige Teeanbaubiet der Präfektur Shizuoka in Höhe des Berg Fuji, 300km vom havarierten Akw entfernt, war zeitweilig empfindlich belastet, und in der Tokyo-Metropole rufen Meldungen über „hot spots“ (hoch kontaminierte Stellen) und Restaurantwerbungen für Becquerel-freie Speise, wie „O.K.-sushi“, den Bewohnern die Strahlengefahr in Erinnerung. Eine Stadt wie Kyoto mit einer vergleichsweise strahlungssensiblen Bevölkerung hingegen weist nur ein „Non-Becquerel-Gasthaus“ (non bekureru shokudo) auf, das zudem in diesem Frühjahr schließen wird.

Die Fluchtbewegung von Ostjapan – neben anderen Zielorten des In- und Auslands – in die Region Westjapan ist noch einmal ein Ausdruck der Ost-Westdistanz. Die Distanz wird durch eine schwierige Integrationshürde der „Fukushima-Flüchtlinge“ in der neuen Umgebung ein weiteres Mal unterstrichen. Bei der Integrationshürde kann zusätzlich die Vorstellung von Ansässigen über mögliche Erbgutschäden durch Strahlen bei den Ankömmlingen stillschweigend eine Linie zwischen den Menschen ziehen. Für die Flüchtlinge, die sich Sorgen wegen erblicher Strahleneinwirkung am eigenen Leib machen, ist dies eine zusätzliche seelische Belastung durch das Umfeld. Das Leid der großen anonymen Zahl derer, die sich in Hiroshima und Nagasaki während der Zeit der Strahlenbelastung aufgehalten hatten, wird sich hier in anderer Form wiederholen.

Der Unterschied zwischen Ost- und Westjapan im Jahr 2011 erhellt auch daraus: Wer damals aus der kontaminierten und von Erd- und Seebeben verwüsteten Region in Städte wie Osaka oder Kobe kam und dort mit den Leuten sprach, soll sich in dem sorglosen Getriebe mitunter verwundert umgeschaut haben – als habe es das ganze Disaster im Nordosten gar nicht gegeben. Der Unterschied im Gesprächsalltag wird heute in anderer Form fortschwingen. Die Verharmlosungspolitik der Regierung gegenüber der Niedrigstrahlung wird in breiten westjapanischen Kreisen eher am Rande wahrgenommen und unkritisch hingenommen, anders in der strahlenbelasteten Region, wo die amtlich verordnete Verharmlosung unterschwellig in mannigfacher Art schwere soziale Konflikte auslöst unter Bewohnern mit verschiedenem Strahlenproblembewußtsein. Ältere Leute bauen dort die Spannung auch mit Galgenhumor ab, wenn sie im Sushirestaurant dem Gast einen Caesiumfisch und mehr empfehlen.

Wie geht man also in einer ländlichen Region in Westjapan mit der Akw-Katastrophe und mit ihren Folgen um? – Die Journalistin Mako Oshidori hatte bereits aus einer Tokyoter Situation berichtet. Ihr Standort, in Nähe zu Regierungssitz bzw. Tepco-Hauptverwaltung und nicht allzu fern zum havarierten Akw, begünstigt eine stete Aktualisierung von Informationen aus erster Hand. Für westjapanische Beobachter stellen sich naturgemäß andere Fragen.

Ich griff in den Ausführungen Westjapan heraus. Ähnliches mag für andere strahlen-unbelastete Gebiete des Landes zutreffen.

Ländlicher Raum in Westjapan

Alteingesessene

Eine erste Teilantwort: Im alten Teil der Dörfer bei den Bauern ist es still um das Thema. Doch stille Wasser können tief sein.

Fragt man die Bauern nach der Katastrophe, bekommt man vom ‚Schweinebaron‘ der Region etwa zur Antwort: es sei eben ein Unding, etwas anzufangen, ohne die Entsorgung (sic) ganz zu klären. Ein Gemüsebauer: die Zentrierung von Energiegewinnung sei unsinnig, jeder wisse, dass die Pflanze (sic) aus einer Vielzahl einzelner Erdkugelchen ihre Nährkraft beziehe. Einem Pilz-Züchter fielen beim Wort Fukushima schließlich Preisschwankungen in seiner Branche ein, da die Präfektur Fukushima als Lieferant der Baumstämme zur Pilzzucht ausgefallen war.

Alleinstehende Rentnerinnen und Rentner wiederholen gern Strombetreiber-Parolen, der heiße Sommer sei ohne Atomstrom nicht überstehbar, und meinen zwischen Scherz und Ernst, das Licht werde ausgehen – obgleich die Erfahrung eines Sommers das Gegenteil erwiesen hatte. Sie folgen den Massenmedien, die mit Blick auf Wiedereinschaltung der – zur Zeit stillstehenden – Akws das „Fukushima“-Kapitel abschließen wollen.

Der Beschwichtigungspolitik widersprechen beunruhigende Zeitungsnotizen über zunehmende Schilddrüsenkrebsfälle. Zu ihnen treten neben weiteren glaubwürdigen Informationen über körperliche Strahlenschäden eine Reihe unabgesicherter Meldungen, hiervon viel über das Internet. Furcht und Schock schwappen in kurzlebigen Beunruhigungswellen aus. So wie jedoch in Kriegszeiten, wenn die Regierung den „Sieg“ meldet und kursierende Schreckensnachrichten dem widersprechen, verschließt sich ein Grossteil der Bevölkerung gern dem Schrecken. Sie geht lieber konform mit der Regierung und schenkt der beruhigenden Amtsmeldung Glauben – auch wenn die amtliche Nachrichteninstanz zwischenzeitlich an Glaubwürdigkeit eingebüßt hat. Der Vergleich mit der Kriegszeit, dies am Rande, reicht weiter: Regierungskritiker sehen seit einiger Zeit zunehmende Parallelen der gegenwärtigen restriktiven Kabinettpolitik zu kriegszeitlichen Regierungsverhältnissen vor über 70 Jahren.

Wahlen

In Gemeinde- und Rathäusern regt sich wenig zur Lehre, die man aus der Akw-Katastrophe von 2011 hätte ziehen können. Alt-Eingesessene trafen sich einmal, angeregt vom Stadtabgeordneten unseres Dorfs, um über Fluchtwege usw. bei einem lokalen Akw-Unfall zu beraten – durchaus angebracht angesichts der erwähnten Reaktorenähe. Es blieb bei dem Treffen, später erstellten Rathaus-Beamte einen Fluchtplan auf dem Papier, ohne diesen je in seinem realen Vollzug auszuarbeiten oder gar zu proben Nach wie vor, so ein konservativer Stadtabgeordneter mokant, werde es noch weiterhin viele Jahre dauern, bis die Frage der Jodtabletten-Verteilung gelöst sei. Mit anderen Worten, der Abgeordnete mokiert sich über das

Anliegen, an dem vor allem die kleine Opposition festhält: einen Katastrophenfall durchzuspielen - als sei eine erneute Katastrophe ausgeschlossen bzw. Tod und Leid bei der Evakuierung vor drei Jahren vergessen.

Vor zwei Monaten waren Stadtratswahlen in unserer Kleinstadt. Der Stadtrat ist eine Domäne der bestehenden konservativen Regierungspartei. So blieb es um die Atomstromfrage still – obwohl die Massenmedien zur nahezu gleichzeitigen Tokyo-Gouverneurswahl täglich über ein entsprechendes Pro und Kontra im Kandidatenrennen berichteten. Von den 22 Kandidaten in unserem Wahlbezirk griffen einzig drei kommunistische Parteikandidaten Anti-Akw-Parolen auf, die übrigen hatten das heiße Thema ausgeklammert. Zum Wahlvorgang in unserer Region sei allerdings angefügt: jedes Dorf stellt seinen Kandidaten, der lokale Verbesserungen verkündet, weniger ein übergreifendes Thema. Der Versuch, eine Grüne Partei Japan mit deutlicher Anti-AKW-Richtung zu gründen, war flächendeckend im vergangenen Jahr gescheitert. Das kommunistische Kandidaten-Trio unserer Kleinstadt blieb daher wie immer isoliert. Die lauten Wahlslogans, die die Akw-Frage ausklammerten, führen jedoch nicht zu dem Schluss, dass unter den eher stillen Bauern kein waches Problem- oder Gefahrenbewusstsein bestünde. Es war in den vergangenen Jahrzehnten vor allem dem Protest und dem Widerstand von Bauern und Fischern zu verdanken, daß der Akw-Bauboom eingedämmt werden konnte. Ein gutes Dutzend Akw-Planungen scheiterten an ihrem hartnäckigen, langjährigen Widerstand, der bis zu langjähriger Barrikadenbildung mit Fischkuttern reichen konnte. Die einleitend zitierten beiden Landwirte, Schweinezüchter und Gemüsefarmer, können wir durchaus in der Tradition dieses Protests der ländlichen Region sehen. Es sei angemerkt, daß die Atomstrombetreiber, wenn sie diesen lokalen Widerständen erlagen, schließlich Akw-Bauland dort aufkaufen konnten, wo herkömmlich sozial schwache Gruppen angesiedelt waren. Japanische Sozialhistoriker sehen in der Akw-Geschichte ihres Landes daher allgemein auch ein Teil Gegendwärtsgeschichte der Diskriminierung.

Schulen

Bei einem Teil der Schuljugend hört man rechtslastige Kommentare heraus: Das Gerede von der Strahlenbelastungen in und um Tokio sei von Koreanern in die Welt gesetzt, die damit die geplante Olympiade in Tokio boykottieren wollen. Oder global und sciencefictionartig: Das Beben mit der Folge der Akw-Havarie sei zur Schwächung Japans von einer westlichen Machtgruppe gezielt ausgelöst. Es sind abenteuerliche Internet-Geschichten, die alten Mustern folgen und hier aus rechtsextremistischen Internettexen stammen. Geschichten dieser Art greift neben Erwachsenenengruppen die pubertierende Jugend gern auf. Zum Thema einer derzeit abnehmenden Anti-Akw-Bewegung meinte mein 16-jähriger Sohn lakonisch: Klar, das Volk hat ja auch die Pro-Akw-Partei wiedergewählt!

Zu der Geringeinschätzung der Strahlengefahr wird unter Jugendlichen beitragen, dass in ihren Schultexten und in ihrem Unterricht das Thema nicht oder geringfügig behandelt wird. Die Texte und der Lehrrahmen an Schulen unterliegen einem gesamtjapanischen einheitlichen Konzept. Es bildet daher auch einen wichtigen Hintergrund für die Schülereinstellung in meinem Landstrich. Die nach dem Akw-Unfall revidierte Behandlung der Radioaktivität soll an einigen Beispielen näher illustriert werden, da ihre Breitenwirkung erheblich ist.

- Das Kultusministerium hatte im Oktober 2011 jeweils für Grund-, Mittel- und Oberschule ein „Zusatz-Lesebuch über Strahlen“ herausgegeben. Es sollte, laut Hinweis im Vorwort, die nach der Akw-Havarie entstandene Furcht vor Strahlen nehmen. Es tut dies durch naturkundliche und technische Aufklärung. Die drei Hefte unterstreichen eher den Segen der Strahlen für den Menschen, als dass sie ein gebotenes Gefahrenbewußtsein schärfen, und blenden einen realen Bezug zu Fukushima (oder gar Tschernobyl) völlig aus. Der Gefahrenhinweis ist mehr oder weniger auf das Krebsauftreten fokussiert, in der nach März 2011 amtlichen 100mSv-Version: „[...] es gibt keinen eindeutigen Nachweis darüber, dass bei einmaliger Strahlenexposition des Körpers unter 100mSv allein die Strahlen eine Krankheit wie Krebs ausgelöst haben.“ Die Mittel- und Oberschulfassungen zitieren hierzu ferner eine ICRP-Berechnung von etwa 5 Krebstodesfällen unter 1000 Personen bei einer 100mSv-Verstrahlung. Für Japan bedeute dies einen Anstieg der jährlichen Krebstodesrate von etwa 300 auf 305 unter 1000 – eine Rechnung, die möglicherweise eine Geringfügigkeit dieses Zuwachs assoziieren soll. Körperliche Schäden durch Niedrigstrahlung – über die in Japan heute glaubwürdige Informationen erhältlich sind – werden nicht erwähnt. Die Krebserkrankung kommt dann über den Nachsatz doch wieder ins Gespräch: Da er mannigfache Ursachen haben könne, rät man zu einer Minderung der Strahleneinwirkung.

- Der vom Kultusministerium 2012 herausgegebene „Neue Lehrrahmen an Mittelschulen“ berühre, wie ein Kritiker meldet, das Thema der Strahlenschädigung auf den Menschen nicht. Auch im entsprechenden Lehrerhandheft, so ein anderer Kritiker, sei die Erläuterung der körperlichen Strahlenschädigung ein desideratum. Der gleiche Kritiker bemängelt ferner ein Naturkunde-Schulbuch: Der blosse Hinweis auf körperliche Gefährdung bei massiver Bestrahlung sei unzureichend.
- In diesem Jahr scheiterten mehrere Verleger an der Zensur, als sie das Thema der Akw-Havarie in Lehrbücher für die (sechsjährige) Grundschule tragen wollten. Damit rückt für die ostjapanische Katastrophe das See- und Erdbeben in den Vordergrund – vorwiegend gleich am Beispiel des Wiederaufbaus, damit Schulkinder aus den heimgesuchten Gebieten nicht mit den Schrecken ihrer Erinnerung konfrontiert werden. Als Ursache der Akw-Havarie ist in den Schulbüchern – inkorrekt – die Tsunami-Welle angeführt.
- Da im amtlichen „Lehrrahmen“ für die Grundschule das Wort ‚Strahlen‘ nicht erscheint und daher direkt nicht behandelt werden kann“, wollte ein Verleger, dem für den Grundschulbereich seit Jahren an der Aufklärung über die Strahlung lag, im Naturkunde-Lehrbuch für Sechstklässler über eine biographische Skizze von Madame Curie in einer Erläuterung das Wort „Strahlen“ erklären. Da es als „unangemessene Verknüpfung“ zensiert wurde, wechselte er die Person des biographischen Teils aus; denn das Wirken Marie Curies ist in der Tat ohne Verwendung des Wortes „Strahlen“ nicht darstellbar.
- Eine eigentümliche Lösung fand ein Schulbuchverleger im neuen Umgang mit der Leserschaft in kontaminierten Regionen. Er hatte ein älteres Bild zum Herbstthema stillschweigend ausgewechselt: eine Kinderschar, die sich lachend mit einem Laubhaufen zudeckt, wirft auf dem neuen Bild Laub um sich. „Strahlensensible Erzieher“, so der Verleger, könnten sich an dem alten Bild stoßen. Hier ist wohl vor allem dem Anschein Genüge getan, denn Laub im kontaminierten Wald bleibt verstrahlt, ob im Haufen oder in der Hand des Kindes.

Die Lehrtexte sind darauf ausgerichtet, der Schuljugend eine Furcht vor Niedrigstrahlung zu nehmen. Sie zielen auf Verharmlosung und Vergessen der Havarie-Folgen und auf die von der Regierung angestrebte Rücksiedlung von Flüchtlingen in ihre (immer noch strahlenbelastete) Heimat.

In Gesprächen mit zwei städtischen Oberschullehrerinnen wurde die hier anklingende komplexe Stoffvermittlung als vorbildhaft bezeichnet: einer einseitigen Darstellung der Strahlengefahr dürfe man nicht verfallen. Ein Hinweis im Unterricht wie: es gäbe Leute, die in der Niedrigstrahlung ein grosses Problem sähen, reiche aus. Trotz dieser Verharmlosung scheidet, wie mir von anderen Oberschullehrern mitgeteilt wurde, eben wegen der befürchteten Niedrigstrahlung derzeit als Klassenfahrtziel ein großer Teil des Nordostens Japans stillschweigend aus. Wir sehen hier den doppelbödigen Umgang mit den Folgen der Tepco-Akw-Havarie, wie er oben im Zusammenhang des Laubhaufens angesprochen war.

Das Thema des Tepco-Unfalls erscheint in den Lehrwerken nicht oder wird nur am Rande erwähnt, wie in dem genannten „Zusatz-Lesebuch“. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn Kinder verschiedener Schulen meiner ländlichen Region meinten, über das Thema der Havarie und der Verstrahlung werde im Klassenzimmer nicht gesprochen. Wenn vom 11. März 2011 die Rede sei, dann über das See- und das Erdbeben.

Ich regte daher vor zwei Jahren Lehrer einer Mittelschule an, über E-mail oder facebook Kontakte zu einer gleichaltrigen Klassengruppe in der kontaminierten Region aufzunehmen. Es blieb, trotz wiederholter Hinweise auf das vielseitige Lernen dabei, vom Kommunizieren bis zum Helfen, fruchtlos. Dies sei, wie mir eine Schulverwaltungsbeamtin schließlich mitteilte, im „Lehrrahmen“ nicht vorgesehen.

Doch habe ich von einer nahen ländlichen Oberschule gehört, dass über verwandtschaftliche Beziehung eines Klassenlehrers ein solches Programm vorübergehend in seiner Klasse bestanden habe. Vereinzelt gebe es auch Gespräche zum Atomstrom-Problem in städtischen Oberschulklassen und ein Kreis von Kobe-Kindern sei bei einer Bürgerveranstaltung in Sachen Strahlengefahren sogar weit sachkundiger gewesen als mancher Erwachsener. Insgesamt aber, so eine Volksschullehrerin aus der Osakaregion, setze man sich im Klassenzimmer mit Hinweisen auf die Gefahr bei Niedrigstrahlung und damit – unausgesprochen - auf die gefährdete Lage der strahlenbelasteten Nordostregion Japans in Widerspruch zur Schulpolitik des Kultusministeriums und folglich zur Landesregierung. Das Thema sei der Schulbehörde nicht genehm, so werde es stillschweigend ausgeklammert. Wenn man im Klassenzimmer - so zwei Oberschullehrerinnen aus Kyoto -, gleichwohl anders verfare und die gefährdete Situation nachhaltig im Unterricht behandle, werde man von Kollegen selbsttätig auf die Einseitigkeit der Darstellungsweise hingewiesen, bei wiederholtem Male würde der Rektor sich einschalten usw. Es ist eine sanfte Diktatur der Selbstregulierung.

Ein abschliessendes denkwürdiges Beispiel zum Umgang studentischer Jugend mit der Akw-Havarie 2011. In Gesprächen mit einheimischen Studenten hörte ich folgende Nuance heraus: Man wolle beim

Zusammensein Spaß haben, die Tepco-Katastrophe aber belaste nur und so lasse man das Thema lieber gleich aus. Sich damit zu beschäftigen, käme sowieso nach dem Studium auf sie alle zu, dies das ganze Leben lang, ob mit oder ohne Reaktor-Wiedereinschaltung. Die Studenten hatten realistisch die Katastrophe von 2011 eingeschätzt und sehen die unausweichliche Auseinandersetzung bereits vor sich. Weshalb sich also vorher unnötig damit belasten! Eine stillschweigende Ansicht, die unter jungen Leuten nicht selten sein mag und durchaus von einem Problembewusstsein zeugt. Man kann eine Verdrängung darin sehen, für sie ist es ein Aufschub - für die augenblickliche Anti-Atomstrom-Bewegung allerdings eine empfindliche Einbuße jugendlicher Teilnahme. Einige Leute meinen daher, es müsse zur Abschaltung offensichtlich noch ein zweites Akw in die Luft gehen. .

Zuzügler aus den Städten

Auf dem Land ist es nicht nur still und ich komme zum zweiten Teil der Frage nach dem ländlichen Umgang mit der Akw-Katastrophe. Es gibt dort eine zweite Gesellschaft: Zuzügler aus der Großstadt, die das Land dünn überziehen, darunter Kunsthandwerker, Biobauern oder Slow-life-Freunde. Sie alle stehen in der Region locker miteinander in Verbindung. Ihre Kritik fällt emotionaler aus, als wir es von den Alteingesessenen gehört hatten. Das havarierte AKW selbst, so eine Malerin, sei der Krebs, die Summe der Atomlobby, die machtvoll und zerstörerisch um sich greift. Das Bild erinnert an „die schwarze Spinne“, die in einer Schweizer Erzählung vor 150 Jahren auf der ausgebeuteten Bauernschaft des Landes sitzt. Man solle, so eine Töpferin, Steuerboykott betreiben, bis die Regierung in der verstrahlten Region ordentliche Verhältnisse geschaffen habe. Zum Nachdenken regten die Worte einer älteren Design-Schneiderin an: sie suche keine Anti-Akw-Demonstrationen auf, doch sei ihr Leben, karg und streng, mit Sicherheit ein Schritt und Beitrag auf dem Weg zu einer besseren Gesellschaft, als die derzeitigen korrupten Verhältnisse es seien

Anders als die zurückgezogenen alten Bäuerinnen melden die genannten Frauen heftige Kritik an. Wir kennen deutliche Proteste von Gruppen junger Mütter, auch aus benachbarten Städten, wo sie mit Transparenten Tepco auffordern, sich bei den Kindern zu entschuldigen. Frauenprotest und -widerstand sind uns auch aus früheren Zeiten bekannt, als vor 70 Jahren anonyme Briefe und Graffiti zum Boykott gegen Krieg aufriefen. Der jüngeren Geschichte des politischen Widerstands im eigenen Land ist in japanischer Forschung und Lehre kaum Raum gegeben, und die Massenmedien stützen heute Widerstandaktionen auf konventionelle Konfrontation von Jugendlichen und Aktivisten mit Polizeieinsatzgruppen zusammen. Eine solche Unterschlagung, ob in der jüngeren Geschichte oder zur gegenwärtigen Anti-Akw-Aktionen, zielt darauf, Protestbewegungen den Wind aus den Segeln zu nehmen: als gäbe es so etwas in Japan nicht.

Dieses Erbe einer seit Kriegsende über ein halbes Jahrhundert währenden Herrschaft der konservativen Partei findet sich meines Erachtens auch in der Tendenz wieder, politische Kontroversen nicht über offene Gespräche auszutragen – wie wir dies vom mitteleuropäischen Stammtisch gewohnt sind –, sondern sie über Kanäle im Hintergrund auszutarieren. Der harmonische Schein, der geflissentlich gesuchte Konsensus im japanischen Alltagsgespräch hat auch diesen – historisch weiter zurückreichenden – Hintergrund einer sanften Diktatur. Vertuschen oder Überspielen unerwünschter Sachverhalte ist in diesem Sinn dem japanischen Landessystem immanent. Diese Tendenz bestimmt auch den Umgang mit dem Tepco-Unfall und seinen Strahlenfolgen.

Ein Wort zu ländlichen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Tepco-Katastrophe.

Die Zugezogenen auf dem Land gehören zu jener Bevölkerungsgruppe, die sich auch in Städten zu Demonstrationen gern einfindet. So kamen sie wenige Monate nach der Akw-Katastrophe auch in unserer Landregion zu Gesprächs- und Aktionskreisen zusammen, eine landesweite Bewegung damals. Sie traten hierbei vereinzelt mit älteren Protestgruppen Ansässiger zusammen. Der Zusammenbruch einer über 50 Jahre währenden Herrschaft der konservativen Partei hatte damals, während der Interimsherrschaft der Demokratischen Partei, (2009-2012) zusätzlich eine politische Aufbruchstimmung gefördert, man hatte wieder Vertrauen in eigene politische Mitspracherechte und machte den Mund auf.

Veteranen aus der Anti-Akw-Bewegung der 80er Jahre erwachten zu neuem Leben und hielten das Fähnlein wieder hoch. Das Thema der Katastrophe griff um sich, Wettersimulationskarten finnische und

österreichischer Institute zur Strahlenverbreitung aus Fukushima kursierten. Einige Gruppen haben sich mittlerweile als kurzlebig herausgestellt, andere wenden sich vermehrt dem eigenen, regionalen, Bereich zu:

- Proteste gegen Wiedereinschaltung naher Reaktoren,
- Proteste gegen die Deponie von kontaminiertem Tsunami-Schutt in der Nähe, zumal Informationen über gesundheitsschädigende Folgen entsprechender Deponien (Chiba-Präfektur, Osaka-Präfektur) kursieren,
- Fragen eines Akw-Unfallausmaßes in der eigenen Region und einer entsprechenden Evakuierung,
- Informationsaustausch zu Strahlendaten, so über fragliche hot spots im regionalen Gemüseanbau, über Holzasche im eigenen Ofen usw., allgemein über Strahlenkontrollen bei Lebensmitteln aus strahlenbelasteten Regionen.

Andere Gruppen wiederum sehen in dem Akw-Problem und seiner öffentlichen Handhabung eine Facette in der bestehenden Kabinettpolitik und erörtern einen breiteren politischen Komplex aktueller Themen wie Japans Amerikaverhältnis seit 1945, Militärmachtstärkung und –bündnispolitik, Verfassungsänderung, Geheimhaltungsgesetz.

Der Umgang mit dem Tepco-Unfall reicht daher von der Fukushimaregion über die eigene Region bis zu den komplexen historischen Hintergründen. Er ging einher mit Sensibilisierung im Bereich der Umweltverschmutzung und mit kritischer politischer Neusichtung. Gemeinsam war in der Behandlung der drei Themengruppen ein verschärftes Misstrauen gegen amtliche Meldungen.

Dank Internetverbund sind die ländlichen Gruppen über städtische Aktivitäten informiert. Sie unterscheiden sich in Veranstaltungsthemen wenig von städtischen Programmen. Prominente Referenten folgen gern Einladungen aufs Land, auch ein IPPNW-Mitglied aus Deutschland, Dr. Martin Sonnabend (Herford) konnte zu einer anregenden Vortragsveranstaltung in meinem Dorf-Café gewonnen werden. Filmabende zur Akw-Problematik waren eine Zeit lang besucht.

Bei konkreten Schritten tun sich die ländlichen Gruppen schwer, ob es um ein eigenes Hilfsprojekt für Fukushima-kids geht, um eine Becquerel-Messstation nach dem Vorbild städtischer Bürgerinitiativgruppen oder um eine alternative Stromgewinnungsanlage, wie sie private Investoren in Form von Solarzellen derzeit vermehrt auf dem Land errichten. Ein Grund wird materieller Art sein: die Leute der alternativen ländlichen Szene leben genügsam und haben wenig Geld.

Ein abschließendes Wort

Das Thema der Akw-Katastrophe und ihrer Folgen rückt heute in der westjapanischen Region zusehends in die Ferne. Namhafte Referenten reden nicht länger in gefüllten Sälen. Die Massenmedien berichten nurmehr sporadisch über die verstrahlten Gebiete und fördern das Vergessen. Im gleichen Verhältnis schrumpft im Buchladen die entsprechende Themenauslage.

Im Vorfeld des vage formulierten Geheimhaltungsgesetzes (Erlass vom Dezember 2013) klammern ängstliche Mitveranstalter bereits jetzt, vor Inkrafttreten des Gesetzes, Akw-kritische Themen bei der Vortragsplanung aus. Sie befürchten, es könne Gegenstand staatlicher Geheimhaltung werden und tragen damit auch im Vortragssaal zum Vergessen bei.

Die einleitend genannten Aktionsgruppen steuern mit ihren Programmen und öffentlichen Eingaben vehement gegen das Vergessen. Entsprechende Unterschriftsammlungen laufen in grosser Zahl über das Internet. Eine Fülle von Texten flutet in den Email-Briefkasten oder wird von Vortragsveranstaltungen heimgetragen. Wer hierbei nicht Schritt hält, findet sichere Informationen an Orten, wo Leute aus Fukushima sich treffen, so in einem von ihnen betriebenen Cafe, wie es in Kyoto ist. Es liegen lokale Zeitungen aus, und der Leser erfährt aus ihnen von der Ohnmacht gegen Kontamination und, wenn er ihren Versammlungen beiwohnt, vom grossen menschlichen Leid. Es kommt zu Gesprächen, zu gemeinsamen Unternehmungen. Es ist ein guter Ort der Begegnung.

Das Erd- und Seebeben vor drei Jahren wird den Weg des Vergessens gehen, wie es bei schweren Beben bisher der Fall war – zumal heftigere angesagt sind. Die Havarie mit ihrer Verstrahlung scheint einen

ähnlichen Weg antreten zu sollen, gefördert von der Atomlobby und vom Wunsch vieler, Beunruhigung und Furcht, wie sie bei erschreckenden Meldungen oder Gerüchten immer wieder aufflackern, zu verdrängen. Dieser Gefahr muss freilich zum Schutz menschlichen Lebens mit allen Mitteln entgegengetreten werden.

Soweit zu einigen Beobachtungen auf dem Lande in einer westjapanischen Region.